



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

am Mittwoch sind in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der europäischen Mitgliedsstaaten zusammen gekommen. Der Europäische Rat hat auf Bitten der britischen Premierministerin Theresa May eine Verlängerung bis zum 31. Oktober 2019 beschlossen. Damit ergibt sich für die britische Regierung die Möglichkeit, eine Mehrheit für das Austrittsabkommen im britischen Parlament herzustellen. Das ist richtig und wichtig, denn ein harter Brexit wäre der denkbar schlechteste Start für die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich. Mir ist sehr daran gelegen, dass wir uns als Partner auf die gemeinsamen Themen wie die Digitalisierung oder Sicherheitspolitik konzentrieren. Wir haben eine lange Zukunft vor uns, die wir auf gemeinsame Werte und Interessen stützen. Deshalb benötigen wir das Austrittsabkommen.

Mit der Verlängerung nimmt Großbritannien auch an der Europawahl vom 23. bis 26. Mai 2019 teil. Die Europawahl ist eine absolute Richtungsentscheidung. Insbesondere die junge Generation hat eine einmalige Chance, ihre politische Zukunft mitzubestimmen. Denn mit Blick auf den Brexit zeigt sich, dass die Populisten in ganz Europa ihre Versprechen nicht halten können.

Von Mittwoch bis Freitag ging es für mich in die Vereinigten Staaten. Deutschland hat für zwei Jahre einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Eines unserer Ziele ist es, den Anteil von Frauen in Friedensmissionen zu erhöhen. Aus diesem Grund haben wir das Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ auf die Tagesordnung in New York gesetzt und Ideen zur Verbesserung eingebracht. Neben der Sitzung des Sicherheitsrates habe ich in Washington Gespräche mit meinem Amtskollegen Patrick Shanahan, Mitgliedern des Senats sowie des Repräsentantenhauses geführt. Gute transatlantische Beziehungen sind ein unverzichtbarer Grundpfeiler unserer Sicherheitsarchitektur.

Die deutschen Städte verzeichnen seit vielen Jahren großen Zuzug. Bezahlbarer Wohnraum ist daher die zentrale soziale Frage. Allerdings schafft man Wohnraum nicht durch Enteignungen wie es Linke und Grüne derzeit fordern. Durch Enteignungen entstehen keine neuen Wohnungen, stattdessen schrecken sie potentielle Investoren ab. Nur der ausreichende Neubau von Wohnungen schafft eine langfristige Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. Damit das gelingt, müssen die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden. Wir benötigen mehr Bauland, müssen schneller bauen sowie ausreichend Gelder für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

*Ursula von der Leyen*



## **Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 8. April bis 12. April 2019**

### **Vereinbarte Debatte zu vorgeburtlichen Bluttests**

Wir berieten in einer vereinbarten Orientierungsdebatte die Frage, ob und inwieweit die Kosten neuer Diagnosemöglichkeiten zur Früherkennung des Downsyndroms durch die Krankenkassen übernommen werden sollen. Es ist eine schwierige ethische Herausforderung – zwar ist ein Bluttest deutlich risikoärmer als die bisher eingesetzte Fruchtwasseruntersuchung. Gleichzeitig wird damit gerechnet, dass eine leichtere Verfügbarkeit einer Untersuchung zu einer zunehmenden Selbstverständlichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen bei Kindern mit Downsyndrom führen wird. In der Debatte haben wir die nötige gesellschaftliche, sozialetische und politische Klärung vorangebracht.

### **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mali**

Seit 2013 beteiligt sich die Bundeswehr an dem Einsatz der Vereinten Nationen zur Stabilisierung der Lage in Mali. Dieser Einsatz spielt eine wichtige Rolle. Er trägt zu einer Befriedung der Sahel-Region bei. Die Obergrenze bleibt auf bis zu 1.100 Soldaten festgelegt. Mit einer Befriedung und einer Unterstützung der Aussöhnung in Mali geht auch ein Beitrag zum Schutz für Zivilpersonen einher. Der Einsatz erlaubt einen Wiederaufbau des malischen Sicherheitsapparats und die Herstellung der staatlichen Autorität im ganzen Land. Dies ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Wir haben den Antrag der Bundesregierung beraten, die Beteiligung der Bundeswehr hierbei um ein weiteres Jahr bis zum 31. Mai 2020 zu verlängern.

### **Beteiligung deutscher Streitkräfte zur Ausbildung der malischen Streitkräfte**

Als Ergänzung des VN-Einsatzes MINUSMA, beantragt die Bundesregierung auch eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an dem zeitgleich in Mali laufenden EU-Mandat

zur Ausbildung der malischen Streitkräfte bis zum 31. Mai 2020. Neben der Bundeswehr, die bis zu 350 Soldaten für diese Mission stellen soll, sind weitere 23 Nationen eingebunden. Dieser Einsatz trägt nachhaltig zur Verbesserung der Fähigkeiten der malischen Sicherheitskräfte und damit zur dauerhaften Befriedung der Region bei.

### **Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Operation Atalanta**

Wir beraten den Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Mission bis zum 31. Mai 2020. Für die Operation zum Schutz der internationalen Seewege und zur Verhinderung von Piraterie vor der somalischen Küste soll die Bundeswehr nun bis zu 400 Soldaten stellen können – dies stellt eine Reduzierung der bisherigen Höchstgrenze von 600 Personen dar, die aufgrund des Erfolgs der Mission möglich wird. Seit die Mission im Jahr 2008 eingerichtet wurde, ist die Lage vor Ort deutlich sicherer geworden, selbst wenn die Piraterie in Somalia noch nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte.

### **Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe**

Angesichts der Vielzahl bewaffneter Konflikte und Naturkatastrophen weltweit hat Deutschland seine Hilfsleistungen für die internationale Gemeinschaft deutlich verstärkt. So ist unser Land im Jahr 2017 mit rund 1,2 Milliarden Euro zum zweitgrößten bilateralen humanitären Geber gewachsen. Auch in der Gestaltung und Weiterentwicklung des internationalen Systems zur Hilfe hat Deutschland mehr Verantwortung übernommen. Die Entschließung des Bundestages würdigt auch das Engagement der deutschen und internationalen Hilfsorganisationen und bestärkt die Bundesregierung in ihrer gewachsenen Rolle als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

## Aus dem Ministerium



Dorf- und Familienfest in Stavern

In Stavern gab es im vergangenen Jahr den Moorbrand. Mit dem Dorf- und Familienfest wollten wir uns als Bundeswehr bei allen Einsatzkräften und Bürgerinnen und Bürgern noch einmal für Ihren unermüdlichen und hochprofessionellen Einsatz bedanken.

## In den Medien

**Mein Auftritt in der Sendung Anne Will zum Thema: „Wie lange denn noch? Das Ringen um den Brexit“ (08. April 2019)**

<https://kurzelinks.de/4u5a>

## Daten und Fakten

**Das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998**

Vor 21 Jahren unterzeichneten Repräsentanten der britischen und irischen Regierungen sowie der Parteien in Nordirland das sogenannte „Good Friday Agreement“, das Karfreitagsabkommen. Nach Jahrzehnten der Gewalt mit insgesamt etwa 3500 Todesopfern beendete das Abkommen den nordirischen Bürgerkrieg zwischen protestantischen Unionisten

und irischen Nationalisten. Neben dem Verzicht auf Gewalt und die Entwaffnung aller paramilitärischer Gruppen beider Seiten sah es eine Amnestie für die Kämpfer vor und legte die Bildung eines nordirischen Parlamentes sowie die Möglichkeit eines Referendums zur Wiedervereinigung mit der Republik Irland fest. Durch das Brexit-Votum rückte die Frage einer potenziell harten Grenze zwischen Irland und Nordirland wieder verstärkt in den Fokus

## Meine Reden

**Meine Keynote auf der CDU/CSU-Fraktionskonferenz zum Thema: „Unsere Bundeswehr stärken, unsere Soldaten unterstützen - Eine Aufgabe für uns alle“ (10. April 2019)**

<https://kurzelinks.de/tv6t>

## Europawahlkampf



Kommunal- und Europawahlkampf in Sehnde

### Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)  
[www.instagram.de/ursulavonderleyen](https://www.instagram.de/ursulavonderleyen)

### Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundeswehr: Thomas Kraath;